

Einmal mehr – die Ärmsten machen die Reichen noch reicher

Der Fall Mozambique

Lange Zeit war der skandalöse Kredit, den die Credit Suisse Mozambique gewährte, für die hiesige Öffentlichkeit kein Thema. Das hat sich mit der Einigung vom 19. Oktober 2021 in den USA schlagartig geändert. Diese beinhaltet eine harsche Massregelung der Bank und 200 Millionen Schuldenerlass für Mozambique. Auch die Finma äusserte endlich ihre Missbilligung und auferlegte der Credit Suisse eine externe Aufsicht. Die KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika) hat sich intensiv mit dem Fall beschäftigt, denn die Schulden bzw. Kredite lasten schwer auf dem Land an der Ostküste des afrikanischen Kontinentes, wie Urs Sekinger darlegt.

12

Ende Juli berichteten die hiesigen Medien breit darüber, dass die Credit Suisse (CS) durch Spekulationen mit dem Hedgefonds Archegos mehr als fünf Milliarden US-Dollar verloren hat. In einem weiteren Geschäft mit dem Greensill-Fonds drohen weitere Verluste. Der Aktienkurs sackte zwar ab, doch die Bank überstand auch diese Krise.

Demgegenüber ist der Kredit von rund einer Milliarde US-Dollar, für den Mozambique gegenüber der CS geradestehen soll, den Medien kaum eine Notiz wert. Geschweige denn erwägt die Grossbank eine Streichung dieser Milliarde, was angesichts der Umstände, wie der Kredit zustande kam, nur angebracht wäre. Stattdessen wird der Kredit, von dem die Bevölkerung Mozambiques keinen Cent gesehen hat, gnadenlos eingetrieben.

Zwischen 2013 und 2014 gewährte die CS Mozambique rund eine Milliarde US-Dollar Kredit, eine weitere Milliarde kam von der russischen VTB-Bank. Die Kredite waren im Geheimen und verfassungswidrig am mosambikanischen Parlament vorbei abgeschlossen worden. Nachdem die Geheimkredite 2016 aufgefliegen waren, wurden drei Personen des CS-Kaders in London angeklagt. Iskandar Safa, Besitzer der Schiffbaufirma Privinvest, hatte den Kreditdeal ab 2011 eingefädelt und ihn wichtigen Politikern in Mozambique schmackhaft gemacht. 2013 besuchte der damalige Präsident Mozambiques, Armando Guebuza, zusammen mit dem französischen Präsidenten François Hollande die Privinvest-Werften in Cherbourg (Frankreich). Dabei wurde der Kauf von Schiffen für Küstenschutz und Fischfang vereinbart – wie später herauskam um 713 Millionen US-Dollar überteuert. Hintergrund der Begehrlichkeiten sind die riesigen Erdgasvorkommen, die vor der Küste im Norden Mozambiques entdeckt worden waren, dort wo heute Aufständische von internationalen Truppen bekämpft werden und rund 800 000 Menschen fliehen mussten.

Wie Ngozi Okonjo-Iweala, vormalige Finanzministerin in Nigeria und heutige Direktorin der WTO, letztes Jahr bekannt machte, versuchte Privinvest unter anderem auch mit dem erdölreichen Nigeria solche Geschäfte abzuschliessen.

Aus zwei werden vier, werden elf Milliarden

Das Budget Monitoring Forum (Fórum de Monitoria do Orçamento FMO) hat berechnet, dass Mozambique aufgrund der geltenden Kreditvereinbarungen bis 2034 insgesamt vier Milliarden Dollar an Schuldentilgung und Schuldendienst an die Banken zahlen muss. Innerhalb von 20 Jahren wird sich die Schuld damit verdoppelt haben. Mit diesem Geld hätten gemäss Studie knapp 6000 Gesundheitszentren oder 375 000 Schulzimmer,

genug für alle Kinder in Mozambique, gebaut werden können.

Nun hat eine neue Studie des Centro de Integridade Pública (CIP) und des norwegischen Chr. Michelsen Institute (CMI) die finanziellen Folgen der Geheimkredite über die reinen Kapitalkosten hinaus errechnet. In den Jahren 2016 bis 2019 ist Mozambique demnach ein finanzieller Schaden von insgesamt elf Milliarden US-Dollar erwachsen: 403 Dollar für jede:n Bürger:in – ein knappes Jahreseinkommen. 674 Millionen mussten bis 2019 für den Schuldendienst aufgewendet werden, es verbleiben aber weiterhin rund vier Milliarden sowie Zins- und Rückzahlungen. Gut zehn Milliarden errechnet die Studie für die wirtschaftlichen, politischen, institutionellen und sozialen Kosten als Folge der Geheimkredite.

Wirtschaftlich schlagen der Rückgang des Bruttoinlandprodukts, die Einstellung der Budgethilfen durch IWF und staatliche Entwicklungshilfen, das Ausbleiben von ausländischen Direktinvestitionen und schliesslich die Herabstufung durch die Ratingagenturen auf «partiellen Zahlungsausfall» zu Buche. Die einheimische Währung Metical verlor über 50 Prozent an Wert, was die Importe, von denen das Land in grossem Umfang abhängt, enorm verteuerte und die Zinsen ansteigen liess. Das wiederum hatte negative Auswirkungen auf das einheimische Gewerbe, das kaum mehr zu Kapital kommt. Die Inflation schränkte die Kaufkraft der Mosambikaner:innen stark ein.

Geheimkredite untergraben Demokratie und staatliche Institutionen

Die CPI-CMI-Studie zeigt weiter auf, wie die Geheimkredite Rechtsstaatlichkeit, staatliche Institutionen und demokratische Strukturen zunehmend untergraben. Dazu gehört, dass die Kredite entgegen entsprechender Gesetze ohne Zustimmung des Parlaments aufgenommen wurden. Ein späteres Verdikt des Verfassungsgerichts, dass die Kredite illegal seien, wurde von der Regierung übergangen und das Parlament schliesslich dazu gebracht, den Krediten nachträglich zuzustimmen. Je mehr von den Geheimkrediten in Mozambique bekannt wurde, desto mehr nahm auch die Repression gegen jene zu, die diese kritisierten und Transparenz forderten.

Die Geheimkredite sind gemäss CPI-CMI-Bericht in vier grundlegenden Bereichen von Good Governance und Demokratie Ursache einer zunehmenden Verschlechterung: Verschleierung statt Transparenz; Straflosigkeit statt Verantwortlichkeit; politische Spannungen und Machtkämpfe statt Kooperation für das Gemeinwohl; Verlust von Glaubwürdigkeit statt Integrität und Vertrauen.

Knallharte Reaktion der Geldgeber

2016 wurden die Kredite vollumfänglich bekannt, weil eine der involvierten Firmen bankrott ging. In der Folge stellten IWF und alle Regierungen des Nordens, auch die Schweiz, ihre Budgethilfen an Mozambique fast vollständig ein – mit drastischen Folgen für die breite Bevölkerung.

Das Staatsbudget musste 2016 gegenüber 2014 um mehr als die Hälfte reduziert werden. Die Auswirkungen waren vor allem im Bildungs- und Gesundheitssektor schwerwiegend mit Minderausgaben von 32 Prozent für die Bildung und 34 Prozent für die Gesundheit. Mehr als 1,9 Millionen Menschen fielen unter die Armutsschwelle. Statt abzunehmen, steigt die Armut in Mozambique wieder deutlich an.

«Die Geheimschulden resultierten aus einem betrügerischen Plan,» folgert der Bericht, «der das Ziel hatte, eine Handvoll Leute in drei Kategorien reich zu machen. Der Hauptakteur in dem Plan war Prinvest, mit seinen Kompliz:innen in europäischen Banken: Credit Suisse und VTB. Die einfachen Mosambikaner:innen sind die vollständig unschuldigen Opfer der Vorhaben von Ausländer:innen, die sich bereichern wollten. Aber ohne die Beteiligung von Beamten und Politiker:innen im Umfeld der mosambikanischen Präsidentschaft und ohne die Unterschrift des damaligen Finanzministers unter die staatliche Kreditgarantie, wäre das betrügerische Geschäft nicht zustande gekommen. Es handelt sich um den grössten Korruptionsskandal in Mozambique seit der Unabhängigkeit, gemessen sowohl in absoluten Zahlen wie bezüglich der indirekten Konsequenzen.»

Die Umverteilung von Mozambique an Banken und Unternehmen im Norden stoppen

Der CPI-CMI-Bericht und vieles, was bislang über den Kreditskandal geschrieben wurde, verweisen auf die Korruption der regierenden Elite in Mozambique. Dass sie das Einfallstor für «jene Leute aus dem Norden war, die sich bereichern wollten» ist richtig.

Aber schauen wir die Zahlen über jene, die von dem Deal profitierten, etwas genauer an. Zwei Milliarden wurden zulasten der Menschen in Mozambique bei der CS und VTB-Bank aufgenommen. Damit wurden Schiffe gekauft, die 731 Millionen überteuert waren. Gemäss Untersuchungsbericht Kroll gingen rund 50 Millionen US-Dollar als Bestechungsgelder nach Mozambique, etwa 33 Millionen an Präsident Guebuza. Die CS-Banker:innen bezogen 45 Millionen (Andrew Pearse), 4,5 Millionen (Surjan Singh) und 2,2 Millionen (Detelina Subeva). Der Verkaufsverantwortliche von Prinvest Jean Boustani erhielt 15 Millionen. Die CS und die anderen Banken haben bis 2019 rund 217,7 Millionen an Kommissionen eingenommen, rund 15 Prozent der Gesamtschulden.

Diese enormen Summen werden seit 2016 und voraussichtlich bis 2034 von den Menschen in Mozambique an Banken, Unternehmen und korrupte Menschen im Norden bezahlt. Diese unglaubliche Umverteilung muss gestoppt werden.



Viele offene Fragen

Die Geheimkredite beschäftigen inzwischen Gerichte in mehreren Ländern. Im Herbst 2023 wird in London die Klage von geschädigten Investor:innen gegen die CS verhandelt. Die CS steht unter Druck. Detailliertere Informationen zu einem weiteren Krisenherd der Bank dürften publik werden.

In Mozambique läuft gegenwärtig der wochenlange Prozess gegen die involvierten Personen aus Politik und Verwaltung; angeklagt ist u.a. der Sohn des ehemaligen Präsidenten Guebuza. Der Prozess kann von einer interessierten Öffentlichkeit, die zum ersten Mal über die Details des Falls informiert wird, am Fernsehen live mitverfolgt werden. Die Richter:innen haben sich bisher standhaft gegen Einmischungsversuche der Regierenden gewehrt. Ausgespart bleibt jedoch Präsident Nyusi, dessen Rolle bei den Geheimkrediten – er amtierte damals als Verteidigungsminister – der Elefant im Raum bleibt.

Ob jemals ein Gericht zugunsten von Mozambique entscheiden wird, indem beispielsweise die Kredite als illegal eingestuft würden oder die Banken eine Schuldenerleichterung akzeptieren müssten, ist sehr unsicher. Die Menschen in Mozambique werden also weiterhin die Schuldenlast tragen müssen.

Kritisch zu hinterfragen ist auch das Handeln von IWF und Regierungen aus dem Norden, die mit der sofortigen Einstellung der Budgethilfen 2016 die wirtschaftliche und soziale Krise in Mozambique verschärften. Gab es keine anderen Möglichkeiten?

Weshalb halten sich die hiesigen Medien – mit Ausnahme von Infosperber – so zurück? Aus Rücksicht auf die CS oder weil Mozambique vernachlässigbar ist?

Der Fall zeigt einmal mehr jene wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen auf, die die globale Umverteilung vom Süden in den Norden ermöglichen. Während die korrupten Eliten im Süden an den Pranger gestellt werden, bleiben die Profiteur:innen im Norden ungeschoren.

So kann die Schlussfolgerung des CPI-CMI-Berichts exemplarisch für diese globale Umverteilungsmaschinerie gesehen werden: «Die geheimen Schulden lassen sich als Fall von regressiver Umverteilung zusammenfassen – einfacher gesagt, als Umverteilung von den Armen zu den Reichen. Sie haben den Reichtum der kleinen Gruppe von Menschen in Mozambique und im Ausland, die in den Betrugsfall verwickelt waren, vergrössert. Diese Leute überlassen die Rechnung dafür den einfachen Mosambikaner:innen, von denen die meisten arm sind.»

Die damaligen Präsidenten Armando Guebuza und François Hollande feiern den Auftakt des Projekts bei einem Besuch auf der Werft der Schiffbaufirma Constructions Mécaniques de Normandie (CMN) in Cherbourg am 30. September 2013. Links Iskandar Safa (Prinvest), CEO und Vorstandsvorsitzender der Werft (Bild: REUTERS/Philippe Wojazer).

Urs Sekinger ist im Vorstand der KEESA tätig und Präsident des Solifonds. urs@keesa.ch, www.keesa.ch.

Quelle
CIP-CMI, Costs and Consequences of the Hidden Debt Scandal of Mozambique, Maputo/Bergen May 2021.
Download: www.cmi.no/publications/7841-costs-and-consequences-of-the-hidden-debt-scandal-of-mozambique

